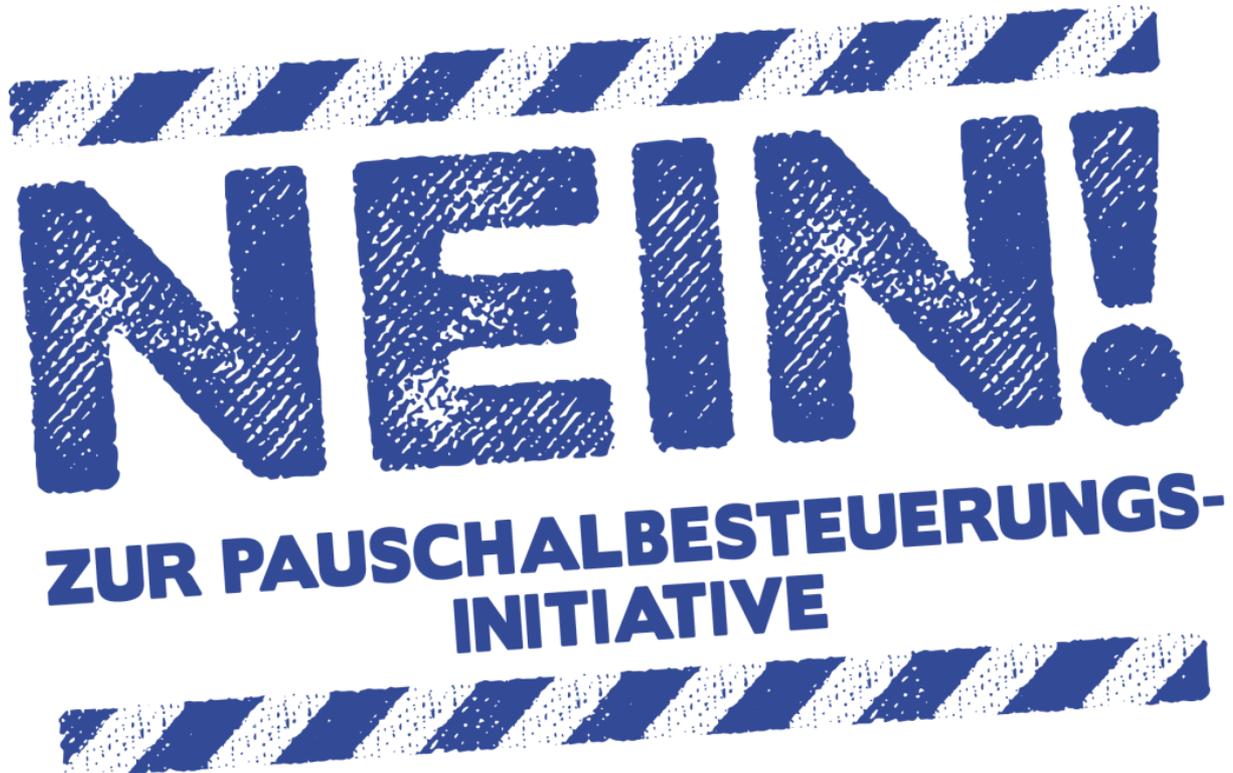


Initiative Abschaffung der Pauschalbesteuerung



NEIN!
**ZUR PAUSCHALBESTEUERUNGS-
INITIATIVE**

Initiative Abschaffung der Pauschalbesteuerung

Um was geht es?

- Wortlaut: «Steuerprivilegien für natürliche Personen sind unzulässig. Die Besteuerung nach dem Aufwand ist untersagt.»
- Initiative der Alternativen Linken
- Reiht sich ein in die Serie von linken Angriffen auf das Erfolgsmodell der Schweiz:

- 1:12-Initiative (2013)



- Mindestlohninitiative (2014)



- Abschaffung der Pauschalbesteuerung (2014)



- Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer (2015?)

Das sagen die Initianten

- Die Pauschalbesteuerung verletzt das Verfassungsgebot der Steuergerechtigkeit
- Die Pauschalbesteuerung weicht vom Prinzip der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ab
- Die Aufwandbesteuerung macht nur ein halbes Prozent des gesamten Steueraufkommens von Bund, Kantonen und Gemeinden aus
- Nach der Abschaffung der Aufwandbesteuerung im Kanton Zürich sind zwar 48 Prozent der Pauschalbesteuerten weggezogen, die Steuereinnahmen haben sich aber praktisch nicht verändert.

Gründe gegen die Initiative

- Die Pauschalbesteuerung erfolgt nach klaren Regeln
- Der Ertrag hat für manche Kantone eine grosse wirtschaftliche Bedeutung
(Thurgau 8 Millionen Franken)
- Die im Jahr 2012 in der Schweiz lebenden Pauschalbesteuerten zahlten 695 Millionen Franken an Gemeinden, Kantone und Bund
- Für den Bund und die Kantone gilt ab 2016 als Mindestbetrag für den Aufwand das Siebenfache des Mietzinses oder des Eigenmietwertes statt wie bisher das Fünffache

Pauschalbesteuerung: Was ist das?

Klares und effizientes System um Steuern einzuholen von:

- Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit
- Schweizer Wohnsitz
- **Ohne Erwerbstätigkeit in der Schweiz**

Berechnung der Besteuerungsgrundlage:

1. Lebensaufwand: Ausgaben der Familie, Hauspersonal, Autos, Flugzeuge, Kunstsammlungen, Pferde usw.
2. 7-fache der Wohnkosten
3. Mindestbemessungsgrundlage 400'000 Franken
4. Kontrollrechnung

→ Höherer Betrag wird **ordentlich besteuert.**

Initiative Abschaffung der Pauschalbesteuerung

Nein zu Steuerausfällen in Milliardenhöhe

Steuerausfälle von einer Milliarde Franken müssen aufgefangen werden, wenn die Pauschalbesteuerung abgeschafft wird. Mittelstand und KMU werden zur Kasse gebeten.

Direkte Steuern

- Bund 192 Millionen
- Kantone 325 Millionen
- Gemeinden 178 Millionen

Zusätzl. Einnahmen 300 Millionen

Verschärfung ab 2016

Liegenschaftssteuer / Millionenbeträge im zweistelligen Bereich

Erbschaftssteuer je nach Kanton

Mehrwertsteuer 200 Millionen

AHV-Beiträge ca. 60 Millionen

1'250'000

Initiative Abschaffung der Pauschalbesteuerung

Romandie, Bergkantone, Tessin massiv betroffen



Kanton Genf minus 160 Millionen pro Jahr = Budget für die Subventionen von Alters- und Pflegeheimen während 16 Monaten



Kanton Waadt minus 154 Millionen pro Jahr = Budget für den gesamten öffentlichen Verkehr im Kanton (kant. Betriebsabgeltungen)



Kanton Wallis minus 62 Millionen pro Jahr = Budget für den Personalaufwand der Kantonspolizei.



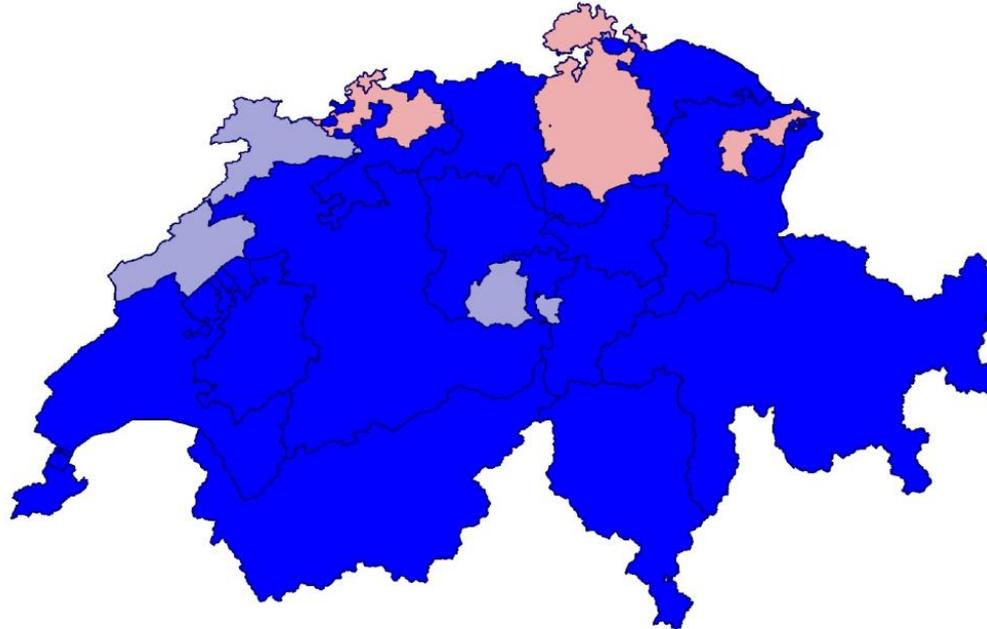
Kanton Bern minus 25 Millionen pro Jahr = Höhe des Sparpakets bei der Spitalversorgung, das der Kanton schon heute mit Mühe umsetzen muss



Kanton Graubünden minus 35 Millionen pro Jahr:
Der Kanton müsste die Steuern um 3 Prozent erhöhen, um den Ausfall wettzumachen

Initiative Abschaffung der Pauschalbesteuerung

Nein zur Entmündigung der Kantone



Legende:

18 Kantone haben demokratisch bei sich in den Kantonen entschieden, das System der Pauschalbesteuerung beizubehalten. Weitere 3 wenden die Pauschalbesteuerung an. Nur 5 schafften sie ab.

→ Jeder Kanton soll selbst darüber entscheiden, ob er an der Pauschalbesteuerung festhalten will oder nicht!

Initiative Abschaffung der Pauschalbesteuerung

Fakten: Die Pauschalbesteuerung ist international weit verbreitet

Zahlreiche andere Länder kennen ähnliche und teilweise liberalere Besteuerungsformen. Diese Länder nehmen die Pauschalbesteuerten Personen mit Handkuss auf:

- Grossbritannien (dürfen sogar erwerbstätig sein)
- Irland
- Frankreich
- Österreich
- Liechtenstein
- Singapur
- Portugal
- etc.

→ **Es gibt keinerlei internationalen Druck auf die Schweiz, diese Besteuerungsform abzuschaffen.**

Initiative Abschaffung der Pauschalbesteuerung

Die Argumente in Kürze

Nein zu Steuerausfällen in Milliardenhöhe

Wenn die Pauschalbesteuerung abgeschafft wird, drohen Steuerausfälle von über 1 Milliarde Franken. Mittelstand und KMU werden zur Kasse gebeten.

Nein zur Gefährdung von KMU und zur Vernichtung von Arbeitsplätzen

Insbesondere in ländlichen Regionen und Berggebieten verlieren KMU Investitionen und Aufträge. 22 000 Arbeitsplätze sind gefährdet.

Nein zur Entmündigung der Kantone

Jeder Kanton soll selbst entscheiden, ob er die Pauschalbesteuerung beibehalten will oder nicht. Die Initiative tritt den Föderalismus und die kantonale Steuerhoheit mit Füßen.

Nein zu finanziellen Einschnitten bei sozialen Institutionen und Kulturveranstaltungen

Wohltätige Institutionen und die betroffenen Menschen verlieren wichtige Geldgeber. Kultur- und Sportveranstaltungen droht das finanzielle Ende.